

Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte

20. März 2008

Nr. 7 (249) 2. (19.) Jahrgang



Die Wahlen am 08. Juni werfen ihre Schatten voraus. Die LINKE in Mittelsachsen ist gut aufgestellt. Im Titelbild der Vorsitzende des Kreisverbandes, Achim Grunke, mit den Kandidaten der LINKEN für die Bürgermeister-Posten in Freiberg, Thomas Mittelstädt (links) und Leisnig (Landkreis Döbeln), Dieter Kunadt. Anfang April finden zum Programm der LINKEN für Mittelsachsen und zur Nominierung der Kandidaten für den zukünftigen Kreistag Konferenzen statt. Mehr dazu in dieser Ausgabe.

Die Titelthemen dieser Ausgabe

Kommunalpolitik der
LINKEN in Mittelsachsen
Heute: Fraktion der LINKEN
im Kreistag Mittweida

Durchsetzung einer antifaschistischen
Politik in Mittelsachsen
Eine kritische Bilanz

Schwerpunkte linker Politik
im ländlichen Raum des Freistaates
Sachsen
Ein Landwirt aus Leidenschaft

2 editorial und kommentiertes

3 kolumne und lesermeinung

4/5 linke kommunalpolitik in mittelsachsen - fraktion im kreistag mittweida stellt sich vor

6/7 antifa in mittelsachsen - was kann sie, was will sie, wo steuert man hin?

8/9 politik im ländlichen raum; kann die linke sie beeinflussen?

10 mosaik

11 jubiläen

12 termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte“ erscheint in der 16. Kalenderwoche 2008
Redaktionsschluss ist Donnerstag, 10. April 2008

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

Deutsche Bank Freiberg
BLZ: 870 700 24
Konto-Nr.: 227 268 000

Zuschriften, Kritiken und Hinweise an die Redaktion sind ausdrücklich erwünscht.

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE; Regionalvorstand
Döbeln-Freiberg-Mittweida
Postanschrift: 09599 Freiberg, Roter Weg 4 1
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Michael Matthes, Lothar Pötzsch, Christoph Willenberg, Hans Weiske (verantw.)

Satz, Fotos und Layout: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und-vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG,
Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz

Die „LinksWorte“ werden bereits zu Beginn der Erscheinungswoche im Internet veröffentlicht. Dort sind auch frühere Exemplare der Zeitung aus dem Archiv abrufbar.

Webmaster: Richard Thum

editorial

Im Märzen der Bauer die Rösslein einspannt... Jawohl, das Frühjahr ist da! Das Osterfest - in diesem Jahr sehr zeitig - steht beim Erscheinen dieser Ausgabe der „LinksWorte“ unmittelbar vor der Tür. Und dann die Sensation des Jahres 2008: der „Kampf- und Feiertag der internationalen Arbeiterklasse“ und Christi Himmelfahrt - landläufig auch als „Männertag“ im Gespräch - fallen in diesem Jahr zusammen. Stellt sich für den disziplinierten LINKEN die Frage: Demo (wenn eine stattfindet) oder Biergarten? Im schlimmsten Falle könnte man die Mai-Lösungen aus dem „Zentralorgan“ ja auch im Biergarten skandieren oder - umgekehrt - auf der Feier zum 1. Mai das eine oder andere Bierchen zischen. Aber Scherz beiseite! Das Jahr nimmt wirklich Tempo auf, schon ist das erste Quartal so gut wie abgehakt. Bis zum Wahlsonntag verbleiben nicht viel mehr als zwei Monate. Bis dahin ist sehr viel zu tun, damit die LINKE in Mittelsachsen ein gutes Ergebnis einfahren kann.

Der am nächsten liegende Höhepunkt dabei ist der 05. April. An jenem Samstag finden der ein **Regionalparteitag** (dieser Begriff hat sich im Sprachgebrauch des Regionalvorstandes inzwischen festgesetzt, obwohl er ziemlich hochgestochen daherkommt) und anschließend eine **VertreterInnen-Versammlung** statt - übrigens im Gasthaus „zur Hundsnase“ in Geringswalde/Hoyersdorf. Da das genannte Körperorgan unserer vierbeinigen Freunde sich durch einen guten Spürsinn auszeichnet, erhoffen wir uns diesen auch von den Delegierten bzw. VertreterInnen unseres Regionalverbandes. Der Regionalparteitag wählt die Delegierten zum Bundesparteitag am 24. und 25. Mai in Cottbus und - was besonders wichtig ist - berät und beschließt unser „Programm für Mittelsachsen“. Die VertreterInnen-Versammlung benennt die KandidatInnen der LINKEN für den Landratsposten und als künftige Kreisräte. Die „LinksWorte“ im April werden ausführlich über den Tag in der „Hundsnase“ berichten. Aber in dieser Ausgabe gehen wir auf einige Aspekte der Wahlvorbereitung ein, da sich der Regionalvorstand auf seiner Beratung am 10. März ausführlich damit beschäftigt hat.

Im Rahmen unserer Reihe „Ortsverbände der LINKEN vorgestellt“ legen wir heute eine einmonatige Pause ein. Dafür kommt in dieser Ausgabe - vielleicht als Auftakt zu einer analogen Serie? - die Stadtratsfraktion von Mittweida zu Wort. Im April sind die Ortsverbände der LINKEN von Freiberg - nach Lage der Dinge unsere künftige „Metropole“ - und Waldheim an der Reihe. Im

Mai stellt sich dann der Ortsverband Mittweida vor.

Das dritte Titelthema schließlich ist der Frage gewidmet, wie es in Reaktion auf den offenen Brief aller 47 Mitglieder des Jugendverbandes „solid“ aus dem Kreis Mittweida (die „LinksWorte“ informierten in der Februar-Ausgabe kurz darüber) inzwischen weitergegangen ist und wie man sich - die Jugendfreunde und der Regionalvorstand - zusammengerauft hat.

kommentiert

Die Ereignisse der vergangenen Tage fordern geradezu heraus, den Eiertanz der SPD beim Streit über den Umgang mit der LINKEN zu kommentieren. Immerhin hat dieser die „Söhne, Töchter und Enkel Willy Brands“ ins jüngste - ihr bisher schlimmstes - innerparteiliches Dilemma gestürzt. Im der jüngst veröffentlichten Forsa-Umfrage sank die SPD in der Wählergunst auf 23 Prozent. Das ist der niedrigste Wert, den Forsa je für die SPD ermittelt hat.

SPD-Chef Kurt Beck hat sich inzwischen bei seinen Parteifreunden entschuldigt und eigene Fehler eingeräumt.

Besonders überzeugend erschien Beck dabei der Vergleich, dass die SPD nicht zweimal mit dem gleichen Kopf gegen die gleiche Wand rennen werde. Da war es nur zu verständlich, dass dieser auf seiner Pressekonferenz benutzte bildhafte Vergleich einen nicht auf den Kopf gefallenen Journalisten zur ironischen Frage veranlasste: „Heißt das, dass Sie sich einen neuen Kopf oder eine neue Wand aussuchen werden?“ Wenn man den Debatten in den anderen politischen Lagern aufmerksam folgt, scheint die Mär von der LINKEN als „Nachfolgepartei der SED“ zunehmend an Zugkraft zu verlieren. Jetzt erinnert man sich vielmehr der angeblichen „Chaoten“ aus der WASG, dem „unsäglichen Populismus“ der Linkspartei und der mit ihr unvereinbaren außenpolitischen Positionen. Interessant dabei, dass man den Populismus der LINKEN nicht mit Fakten kann, sondern immer und immer wieder von ungedeckten Schecksal in Milliardenhöhe schwafelt. Natürlich will die LINKE im Interesse der sozialen Gerechtigkeit ungleich mehr für die Schwachen in der Gesellschaft ausgeben, aber sie hat sehr wohl ein Konzept, wo die Mittel dazu herkommen könnten. Und genau da liegt der Hase im Pfeffer: damit rütteln die LINKEN an christdemokratischen, liberalen und auch sozialdemokratischen Grundfesten: man müsste die Mittel über eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums beschaffen und das fürchtet man wie der Teufel das Weihwasser. (hw)

unsere kolumne „linksaußen“:
künftig immer auf seite - 3 -

Diesmal war es nicht die aktuelle Bundesliga-Tabelle, bei der die Bayern aus München scheinbar unbedrängt voranmarschieren. Es war die alljährlich erscheinende Tabelle des Wirtschaftsmagazins „Forbes“, in welcher sich die Superreichen dieser Welt mit ihrem Vermögen tummeln.

Was wir dort lesen, macht uns glücklich. Wir sollten uns unserer Freudenstränen nicht schämen! Die Schar dieser Philanthropen, die mehr als eine Milliarde Dollar (schlappe tausend Millionen) ihr eigen nennen, hat erstmals die 1000er-Marke übersprungen und verfügt inzwischen über ein Gesamtvermögen von 4,4 Billionen Dollar. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen vier Jahren verdoppelt. Schade nur, dass der Dollar kränkelt. So bleiben - in Euro gerechnet - nur reichlich 3 Billionen Euro auf der Habenseite dieser edlen Erdenbürger, die bekanntermaßen nur darauf aus sind, über Stiftungen u.ä. Bedürftige glücklich zu machen.

Apropos Bedürftige: Die fast zeitgleich mit obiger Tabelle veröffentlichte Studie „Soziale Umverteilung in Deutschland“ weist aus, dass inzwischen fast 26 Prozent der 18- bis 64-Jährigen ganz oder teilweise auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Über 10 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung sind ALG II-Bezieher, hängen also direkt am Tropf des „Sozialstaates“. Zum Vergleich: Im Jahre 1980 lag die Arbeitslosen- und Sozialhilfequote zusammen bei gerade einmal 1,4 Prozent. Heute verfügt in Deutschland das reichste Zehntel der Bevölkerung über 80 Prozent des privaten Nettovermögens.

Übrigens: Der reichste Deutsche, einer der beiden „Aldi-Brüder“, kommt unter den Superreichen dieser Welt nur auf Platz 10 und nennt bescheidene 27 Milliarden Dollar sein eigen. Damit ist er 27.000-facher Millionär - seinem Bruder fehlen zu dieser Summe bescheidene 4 Milliarden Dollar. Das Gesamtvermögen von Karl und Theo Albrecht vergrößerte sich allein im vergangenen Jahr um 13 Milliarden Dollar.

Wobei wir wieder beim gewöhnlichen ALG II-Bezieher wären. Der geht zu Aldi einkaufen und hilft mit seinen jämmerlichen Groschen, die Schatulle von Karl und Theo weiter aufzufüllen. Soziale Gerechtigkeit, wie sie im Buche steht! (hw)

Cuba - si bedankt sich für Spenden im Jahre 2007

von Ruth Fritzsche, Freiberg

Dank der großzügigen solidarischen Unterstützung vieler SpenderInnen sind 2007 479 237.46 € auf den Cuba - si - Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE eingegangen. Davon wurden 361.330 € für planmäßige Investitionen an den Milchprojekten verwendet, 63.126 € für Transporte von Spendengütern und Soforthilfen sowie 54.780 € für politische Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit.

Damit konnte die AG Cuba - si beim Parteivorstand im vergangenen Jahr die politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba ausbauen und ist in der Lage, auch 2008 die Solidaritätsprojekte weiter zu entwickeln.

Wie ich als langjährige regelmäßige monatliche Spenderin haben viele Genossinnen und Genossen auch aus unserer Region für Cuba - si gespendet. Sie brauchen keine Angst zu haben, dass ihre Spenden, wie es gegenwärtig beim deutschen Ableger des Kinderhilfswerkes Unicef der Fall ist, zum Teil in falsche Hände, wie Berater usw. geraten, was gegenwärtig die Medien beschäftigt.

Es ist wirklich wichtig, Kuba benötigt auch weiterhin unsere politische und materielle Hilfe in Form von Spenden. Ich will hiermit dazu aufrufen, dass die Großzügigkeit bei der Spendenaktion fortgesetzt wird und nach Möglichkeit noch gesteigert wird. Ich werde auch in diesem Jahr meinen Beitrag dazu leisten.

Mit Clara Zetkin im Herzen

von Renate Weinbrecht, Frankenberg

Initiiert durch Clara Zetkin (1857-1933) fand der erste Internationale Frauentag am 19. März 1911 statt. Die zentralen Forderungen von damals - Kampf gegen den Krieg, gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung, Festsetzung von Mindestlöhnen, der Achtstundentag, Wahl- und Stimmrecht für Frauen, Arbeitsschutzgesetze, ausreichender Mutter- und Kinderschutz - sind heute noch genauso aktuell. Alle Jahre wieder treffen sich die Genossinnen des Kreises Mittweida am 08. März in Wiederau, an der Geburtsstätte dieser weltweit geehrten Frauenrechtlerin und Kommunistin Clara Zetkin.

Auch dieses Jahr konnten wir gemeinsam mit unserer Landesvorsitzende Cornelia Ernst und mit Petra Steidten, stellvertretende Regionalvorsitzende unserer Par-

tei, zur traditionellen Feierstunde an der Geburtsstätte dieser Vorkämpferin für die Rechte der Frauen gedenken und unseren Forderungen Ausdruck verleihen.

Warum sollen sich Frauen immer noch vorschreiben lassen müssen, ob und wann sie ein Kind austragen? Und was ist das für eine Gerechtigkeit, wenn Frauen, die genauso gut oder besser ausgebildet sind als ihre männlichen Kollegen, 20 % weniger Lohn erhalten, obwohl sie durch Kinder und Haushalt doppelt belastet sind? Kämpfen wir gemeinsam für ein besseres und gerechteres Leben aller Frauen!

Nachdem wir unsere Clara mit Blumen geehrt und geschmückt hatten, gaben uns die Frauen des Heimat und Naturvereins Königshain/Wiederau die Möglichkeit,



Petra Steidten und Cornelia Ernst ehren in deren Geburtsort Wiederau die unvergessene Clara Zetkin

Foto: Weinbrecht

durch die Ausstrahlung des bewegenden Features „Als seien mir Flügel gewachsen“ von Kirsten Heckmann-Janz an Leben und Werk dieser großartigen Frau teilzuhaben.

Wir danken den Frauen des Heimatvereines recht herzlich für ihre liebevolle Bewirtung und für die hervorragende Pflege der Gedenkstätte.

Zum Nachdenken

Das Leben ist ein Zeichnen ohne die Korrekturmöglichkeit des Radiergummis.

Oskar Kokoschka

Im Blickpunkt: Die Kommunalpolitik der LINKEN in Mittelsachsen

Die Kommunalwahlen vom 08. Juni werfen ihre Schatten voraus. Deshalb ist es kein Zufall, dass sich der Regionalvorstand auf seiner Beratung am 10. März - fast genau drei Monate vor dem Wahlsonntag - intensiv mit Schwerpunkten der kommunalpolitischen Arbeit beschäftigte. Die „LinksWorte“ dokumentieren im folgenden wesentliche Schwerpunkte und Ergebnisse dieser Beratung im Foyer des Stadt-Theaters von Döbeln. In der folgenden Ausgabe im April berichten wir ausführlich über den Regionalparteitag und die VertreterInnenversammlung in Geringswalde/Hoyersdorf.

1. Wahlprogramm der LINKEN

„Unser Programm für Mittelsachsen“ lag den „LinksWorten“ im Monat Februar bei. Die Diskussion dazu und die Formulierung konkreter Vorschläge kann bis 26. März erfolgen. Vorschläge bitte an die regionalen Geschäftsstellen der LINKEN in Döbeln, Freiberg und Mittweida. Die mit Beschluss des Regionalparteitages gebildete Programmgruppe kommt am 27. März zu ihrer abschließenden Beratung zusammen und wird den Programmentwurf präzisieren.

Der Programmentwurf wird dem Regionalparteitag am 05. April vorgelegt und dort beraten und bestätigt.

2. Regionalparteitag

Schwerpunkt des Regionalparteitages am 05. April im Gasthof „Hundsnase“ in Geringswalde/Hoyersdorf wird die Beratung und Bestätigung des „Programms der LINKEN für Mittelsachsen“ sein (siehe Schwerpunkt 1). Außerdem werden die Delegierten des Regionalverbandes Döbeln, Freiberg, Mittweida zum Bundesparteitag der LINKEN am 24. und 25. Mai in Cottbus und zum Landes-Seniorentag am 25. Juni in Chemnitz gewählt.

3. VertreterInnenkonferenz

Die Delegierten zur VertreterInnenkonferenz sind in den Ortsverbänden nach dem gleichen Delegiertenschlüssel, wie zum Regionalparteitag gewählt worden. Damit werden am 05. April im Gasthof „Zur Hundsnase“ in Geringswalde/Hoyersdorf rund 100 VertreterInnen über den Kandi-

daten der mittelsächsischen LINKEN für den Posten des Landrates und die Nominierung der Kandidaten für den neuen Kreistag befinden.

4. Landratskandidat

Die LINKE wird am 05. April auf einer WählervertreterInnen-Konferenz einen Kandidaten für den Posten des Landrates präsentieren. Bis dahin ist Verschwiegenheit vereinbart.

5. Kreistagskandidaten

Der neue Kreistag wird aus insgesamt 98 Kreisräten gebildet. Sie werden in insgesamt 14 Wahlkreisen bestimmt - pro Wahlkreis werden sieben Kreisräte gewählt. Die VertreterInnenversammlung am 05. April wird für alle 14 Wahlkreise die KandidatInnen der LINKEN nominieren und deren Reihenfolge auf den Listen festlegen. Der aktuelle Stand der sich dem Wähler stellenden Kandidaten ist der folgende (bei den Wahlkreisen ist jeweils nur die größte Stadt genannt)

Wahlkreis Anzahl der Kandidaten

- Döbeln 1 (Döbeln) 4
- Döbeln 2 (Roßwein) 4
- Döbeln 3 (Leisnig) 7
- Freiberg 1 (Freiberg) 4
- Freiberg 2 (Freiberg) 3
- Freiberg 3 (Großschirma) 5
- Freiberg 4 (Brand-Erbisdorf) 5
- Freiberg 5 (Oederan) 4
- Freiberg 6 (Flöha) 4
- Mittweida 1 (Rochlitz) 4
- Mittweida 2 (Penig) 2
- Mittweida 3 (Mittweida) 6
- Mittweida 4 (Frankenberg) 2
- Mittweida 5 (Burgstädt) 6

6. aktuelle Bezeichnung des Regionalverbandes

Der Regionalvorstand entschied darüber, vorerst bei der Bezeichnung „Regionalverband Döbeln, Freiberg, Mittweida“ zu bleiben. Grund dafür sind anhängliche Klagen zur Kreisgebiets- und Verwaltungsreform. Damit soll durch die LINKE in Mittelsachsen vorerst der angedachten Reform kein Vorschub geleistet werden.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN im Kreistag Mittweida

von Jens Stahlmann, Fraktionsvorsitzender



Im Kreistag Mittweida sind wir seit 2004 zweitstärkste Fraktion. Am 13. Juni 2004 erhielt die PDS 28.594 Stimmen. Das entsprach 19,6 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen. Mit 12 Abgeordneten (3 Frauen,

9 Männer) sind wir gleichzeitig die größte Oppositionsfraktion. Mitarbeiterin der Fraktion ist Petra Steidten.

Die Kreistagsfraktion hat sich in den vergangenen 4 Jahren als die Oppositionspartei im Kreistag etabliert.

In den letzten Jahren wurden die Möglichkeiten der Einflussnahme der Kreisräte auf die Politikgestaltung immer geringer. Sowohl die finanziellen Spielräume als auch die finanzielle Ausstattung des Kreises und der Kommunen waren rückläufig.

Standen im Haushalt 1998 noch knapp 12 % an finanziellen Mittel für sogenannte Freiwilligkeitsaufgaben zur Verfügung, waren es im Haushalt 2008 unter 3 % des Gesamteats. Auch die Verteilung dieser wenigen Mittel entsprach nicht unseren Vorstellungen. Mittel für soziale Vorhaben, Jugendhilfe und Sport wurden gekürzt bzw. gar nicht mehr eingestellt. Auch die Unterstützung für Seniorenverbände oder Einrichtungen wurden in den letzten Jahren gegen Null gefahren.

Großes Augenmerk legten wir auf die im Landkreis Mittweida gebildete ARGE(Zusammenlegung von Teilen des Arbeitsamtes und des Sozialamtes). Die Probleme der Arge und deren „Kundenfreundlichkeit“, z.Bsp. beim Tempo von Bewilligungen und bei der Widerspruchsbearbeitung, der Auszahlung der Mittel für Kosten der Unterkunft (KDU), die Bemühungen der Arge, Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren waren Bestandteil der Tagesordnungen der Fraktionssitzungen. Regelmäßig war die Arge Leiterin in unsere Fraktion zum Bericht eingeladen.

Die vorgenannten Probleme sowie die Prioritätensetzung beim Umgang mit den Mitteln durch die anderen Fraktionen und Kreisräte waren der Grund dafür, dass unsere Fraktion zu keiner Zeit dem Kreishaushalt ihre Zustimmung geben konnte.

Gespannt sein dürften wir, wie es im neuen

Heute: Vorstellung der Fraktion der LINKEN im Kreistag Mittweida

Landkreis Mittelsachsen in Bezug auf Hartz IV und den unsozialen Umgang mit den Arbeitslosen weitergeht.

Freiberg und Mittweida hatten sich für die Gründung der ARGE (Arbeitsgemeinschaft) entschieden, während der Landkreis Döbeln das Optionsmodell gewählt hat (eine

chen, so die Worte des Landrates Schramm. Die vom Land Sachsen aufgebrauchten Mittel können somit nicht für andere Maßnahmen, Projekte bzw. Förderungen freigemacht werden. und stehen damit unter anderen für die Kreise und Kommunen nicht zur Verfügung, somit hat dies doch Auswirkung auf die Krei-

Mitbürger eingeschlagen, wiederholt gab es Übergriffe auf linke Jugendliche im Raum Geringswalde aber auch auf ganz „normale“ Leute, die scheinbar wahllos auf offener Straße angegriffen wurden. Regelmäßig kam es zu Zusammenrottungen von Rechten an bekannten öffentlichen Orten in Mittweida und Umgebung. Öffentliche Kulturveranstaltungen, wie die Bergparade in Mittweida, für Demonstrationen missbraucht.

Fakt ist Eines: die politisch Verantwortlichen haben versagt. Aus Angst vor Negativschlagzeilen Probleme kleingeredet oder ganz negiert und damit dem Ansehen des LK Mittweida erst recht geschadet. Die Kreisverwaltung hat spät, ja wir sind der Meinung zu spät reagiert. Für Projekte eines „Lokalen Aktionsplanes,“ wurden nun kurzfristig Mittel eingestellt und mit Projekten unteretzt, dies für 2007 und auch 2008. Wir sollten auch im neuen Kreistag großes Augenmerk auf die Fortführung dieses Aktionsplanes legen und der Forderung nach Einzustellung ausreichender Mittel dafür Nachdruck verleihen. Eine Empfehlung an den neuen Kreistag und den gemeinsamen Ausschuss hat unsere Fraktion im letzten Kreistag eingebracht. Der Lokale Aktionsplan muss solange Bestand haben, wie wir der rechten Gefahr ausgesetzt sind.

Die Kreis- und Verwaltungsreform 2008 welche uns zum Großkreis Mittelsachsen führt wirft ihre Schatten weit voraus. Die Gremien der drei Kreistage befassen sich seit ca. einem halben Jahr unmittelbar mit dieser Problematik. Unter anderen wurde ein gemeinsamer Ausschuss der drei Landkreise



Unserer Kreisräte v.l. : Manfred Richter (Taura), Hans-Dietrich Pester (Mittweida) Dierk Minkner (Schwaikershain), Rüdiger Borck (stellv. FV - Mittweida), Rainer Eckert (Geringswalde), Prof. Dr. Mario Geißler (Mittweida), Harald Pötzsch (Erlau), Horst Esche (Lichtenau), Jens Stahlmann (Fraktionsvorsitzender - Hainichen), Dr. Ulrike Bretschneider (stellv. FV - Burgstädt), Martina Dreßler (Lunzenau) Nicht mit auf dem Foto: Sylke Zehrfeld (Frankenberg). Foto: Steidten

vom Gesetzgeber angebotene andere Variante, bei der die Kommunen optional in Eigenverantwortung die Betreuung und Vermittlung der ALG II-Empfänger übernommen haben). Leider hat der Freistaat selbst noch keine Ideen, wie bei der Kreiszusammenlegung vorgegangen werden soll, wenn die Kreise unterschiedliche Modelle in die Fusionierung einbringen. Mit dieser Problematik muss sich die neue Fraktion der LINKEN im Kreistag Mittelsachsen befassen. Es ist dringend erforderlich, dafür Sorge zu tragen, dass die Betroffenen dabei nicht auf der Strecke bleiben.

Unsere Fraktion hat im vorletzten Kreistag den Landrat beauftragt, den Austritt des Landkreises Mittweida aus dem Sachsenfinanzverbund zu prüfen und die Risiken eines Verbleibes in der Sachsenfinanzgruppe darzulegen.

Im Kreistag am 12.03.2008 hat der Landrat dazu berichtet und man mag es kaum glauben. Es hörte sich wie ein Erfolgsbericht an. Die Katastrophe um die Landesbank Sachsen hat auch etwas Gutes. Keine Belastung für die Kreise und Kommunen, keine Belastung für die Sparkassen und den Sachsenfinanzverbund. Im Gegenteil: man hätte jetzt die Chance, den Sachsenfinanzverbund noch attraktiver zu gestalten und konkurrenzfähiger gegenüber anderen Mitbewerbern zu ma-

se und nur mal ganz nebenbei sind die 270 Milliarden kein erwirtschaftetes Geld des Landes Sachsen sondern „Steuergelder“.

In den letzten Wochen und Monaten stand der Landkreis Mittweida im Fokus der Öffentlichkeit. Grund dafür waren immer wieder-



Ein Mittweidaer Kleinod - die ehemaligen Pfarrhäuser auf dem Kirchberg

kehrende rechtsradikale Übergriffe und der offizielle Umgang damit.

Mehrfach wurden die Scheiben in unserer Geschäftsstelle in Mittweida und in gastronomischen Einrichtungen ausländischer

gebildet, der aber nur einen mehr oder weniger abstimmbaren formalen Charakter hat (kann keine Beschlüsse fassen).

Um die Bürgernähe und die Bürgerfreund-

Fortsetzung auf Seite - 12 -

ANTIFA - unser gemeinsames Anliegen. Wirklich? Eine erste Bilanz der begonnenen Diskussion

(red) In unserer Februarausgabe haben wir (allerdings unter „ferner liefern“, auf den Seiten - 10 - und - 12 -) auf die damals begonnene Diskussion mit unserer antifaschistischen Jugend im Landkreis Mittweida verwiesen. Diese hatte nach einer Diskussion im Regionalvorstand in einem Offenen Brief mit 47 Unterschriften aller Mitglieder konstruktive Kritik geübt. Dazu gab es zur Beratung des Regionalvorstandes am 10. März eine weitere Diskussion.

Unser Redaktionsmitglied **Michael Mathes** aus Niederschöne hat intensiv „nachgewaschen“. Im folgenden dokumentieren wir seinen persönlichen Erkenntnisstand zur Thematik. Außerdem kommt **Bernd Spolwig** aus Brand-Erbisdorf zu Wort, der als Gast an der Diskussion des Kreisvorstandes teilnahm. Die Diskussion zu dieser brennenden Frage geht weiter.

Generationen zurück liegt, dieses und jenes schräge Vögelchen. Aber nach einer halben Stunde in ihrer Runde, bleibt nichts davon. – also eine „Teilmenge“ von SOLID bittet den Vorstand um Gehör. Wohlgermerkt, nicht der Vorstand lädt zu einer Jugendkonferenz mit allen seinen Jugendlichen. Nein, einige Jugendliche wollen gehört werden. (LINKSWORTE berichtete in seiner Februarnummer.) Und zwischen allen Hin- und Widerreden ist eine Frage herauszuhören „Was haltet ihr, der Vorstand, von Antifa?“ Oder mit anderen Worten: Wie unterstützt ihr, der Vorstand, uns bei unseren Auseinandersetzungen mit den rechten Schlägern.

Die Antworten waren für die Jugendlichen unbefriedigend. Das musste man als Zuhörer auch so empfinden. Das Resultat war ein Offener Brief, der dieser Unzufriedenheit Ausdruck verleiht. Nun kann man das, ohne auf den Inhalt besonders eingehen zu müssen, als einen Angriff einer

denden Organisationsabsprachen über den Regionalparteitag auf der Tagesordnung stand? Und was soll man davon halten, dass der Vorsitzende und etliche Vorstandsmitglieder etwa dreißig Minuten lang die Jugendlichen an die Wand redeten, bevor die SOLID-Mitglieder sagen konnten, wo ihnen der Schuh drückt? Die einfache Überlegung, warum wohl holen unsere jungen Mitstreiter zu einem solchen „Rundumschlag“ aus, hätte einen jeden darauf kommen lassen: „Hier wissen ein paar nicht weiter.“

In Klartext übersetzt, unser Parteinachwuchs kann nicht verstehen, warum die Partei nicht ständig und mit Nachdruck auf allen Ebenen die schwarzen Landräte und Bürgermeister in den Räten bezüglich der Duldung dieses braunen Unflats zur Rede stellt und energisch Maßnahmen dagegen einfordert. Wenn die Überfallenen in ihrem Auto Inder gewesen wären, hätte die Republik Kopf gestanden. So waren es nur ein paar Linke.

Es ist zu vermuten, dass die Mehrheit der Mitglieder DERLINKEN im neuen großen Landkreis Mittelsachsen nicht weiß, worauf hier angespielt wird. Nun – einige Mitglieder unsererer SOLID-Gruppe befanden sich auf der Rückfahrt von einer Veranstaltung in Richtung heimatliches Geringswalde als sie bemerkten, dass sie von mehreren Fahrzeugen verfolgt wurden. Wie im Film fuhr ihnen eines der Autos vor den Bug und zwang zum Anhalten. Es stiegen braune Schläger aus und droschen mit Baseball-Keulen auf das Fahrzeug unsererer Mitstreiter ein. Zum Glück gelang mit dem beschädigten Auto ein „Ausbruch“ aus der Umzingelung. Und unsere jungen Leute konnten über Feldwege entkommen. Aber damit nicht genug. Vor dem Wohnhaus eines unsererer Jugendlichen zogen diese braunen Horden auf und drohten, ihn fertigzumachen. Daran, dass dagegen die Polizei nicht wirksam vorgeht, hat man sich ja schon gewöhnt. Dass aber die eigenen Genossen solche Ereignisse nicht zum Anlass nehmen, um alle Meinungsunterschiede hintan zu stellen und solidarisch unsere eigene Nachwuchsorganisation zu vertreten – ja das verwundert schon den Berichtersteller.

Es gab also zum zweiten Mal eine Aussprache. Da wurden Klärungen versucht; da war von Missverständnissen die Rede. Schließlich wollte jeder ein bisschen Recht haben. Nur eines blieb auf der Strecke – das eigentliche Problem. Die Nachwuchsorganisation DERLINKEN hängt in der Luft und ist zudem einem rechtsradikalen Umfeld ausgeliefert. Der neue Regionalverband und sein Vorstand, der sich im-



Anspruchsvolle und überaus kritische Diskussionspartner des Regionalvorstandes: Die Vertreter der Parteilugend „solid“ aus dem Landkreis Mittweida

Man weiß nicht, soll man den Kopf schütteln oder soll man sich seinem Zorn hingeben. Da gibt es einen Regionalverband DERLINKEN, einer Partei, die sich progressiv und kämpferisch, eben links gibt, und einen Vorstand, der sich Verantwortung dafür übertragen ließ. Und da gibt es einen Nachwuchs- (mit Verlaub einen Enkel-) Verband DERLINKEN, nämlich die Parteilugend SOLID. Ein Teilverband von SOLID, – Immerhin 47 junge Leute und darunter auch auf den ersten Blick für einen Genossen, dessen Geburtsdatum zwei

vorlauten Jugend oder mit der Weisheit des Alters betrachtet als einen Hilferuf von bedrängten Jugendlichen, die fast täglich der Gewalt von brutalen Neonazis ausgesetzt sind, werten. Dazu gab es eine erneute Aussprache in der Vorstandssitzung am 10. März.

Der Vorstand und sein besonders angesprochener Vorsitzender entschieden sich wohl mehr für die Möglichkeit des vermeintlichen Angriffs. Oder was soll man davon halten, dass dieser Punkt als letzter nach lang andauernden, ermü-

ANTIFA – unser gemeinsames Anliegen? Wirklich? Eine erste Bilanz der begonnen Diskussion

mer noch zielt, zum Kreisverband und zum Kreisvorstand zu werden, hat seine Aufgabe noch gar nicht begriffen. Rechnet man die Zeit der sogenannten Koordinierungsgruppe dazu, so ergeht man sich seit 16 Monaten in organisatorischem Selbstverschleiß. Wenn man solche Dinge einer geeigneten Dreier-Gruppe aus Parteimitgliedern übergibt, kann man mit Sicherheit zu gediegeneren Resultaten innerhalb kürzester Zeit kommen. Die eigentliche Aufgabe und Verantwortung, nämlich aus den drei bisherigen Kreisverbänden einen politisch wirksamen neuen Kreisverband zu formen, war bisher weitgehend Nebensache.

Und so war es auch Nebensache, die manchen Orts existierenden linken Jugendgruppen zusammenzuführen, zu vernetzen, in die politische Arbeit einzubeziehen und bei der Lösung von deren Problemen zu unterstützen. So kam in beiden Vorstandsberatungen kein Vorständler auf die Idee, den „Hauptbeschwerdeführer“ David Rausch aus Geringswalde – immerhin Stadtrat daselbst und Jugendbeauftragter seiner Stadt – in den Vorstand zu kooptieren und ihm ebendiese Aufgabe zu übertragen.

Einen gewissen traurigen Höhepunkt bildete die Feststellung, dass einige Vorstandsmitglieder vielleicht von einem „Sturm 34“ ein bisschen was gehört hatten, ihnen aber eine „Division Döbeln“ in ihren unmittelbaren Umfeld völlig unbekannt ist. Auf den Gesichtern der Jugendlichen bildete sich Fassungslosigkeit ab. Sind sie doch diesem braunen Gesindel immer wieder ausgesetzt. Das ganze Ausmaß des braunen Alltag scheint einigen in unserer Partei nicht gegenwärtig zu sein. Es will offensichtlich niemand wahrhaben, was schon wieder auf den Straßen Sachsens los ist. Die solid-Gruppe führt Tagebuch über die tagtäglichen Übergriffe.

Man wagt sich nicht vorzustellen, was nach uns kommt, wenn wir keine tatkräftige linke Enkelgeneration fördern.

Die LINKSWORTE waren zu Gast bei solid in Geringswalde. Wir fanden eine beachtliche Jugendgruppe. Widersprüchliche Dinge allerdings auch.

Stellen wir erst mal solid Geringswalde vor. Die Jugendgruppe zählt 47 – in Worten siebenundvierzig – Mitglieder. Davon treffen sich zehn bis fünfzehn fast täglich. Außerdem gibt es eine regelmäßig probende Band. Und es gibt eine breite Teilnahme an den verschiedensten politischen Veranstaltungen – zumeist mit antifaschistischer Ausrichtung. Geleitet wird solid Geringswalde von Katrin Schuknecht, die das Amt von ihrem Vorgänger

im August 2007 übernommen hat. Mithin ein recht aktives Trüppchen, das auch seine Bereitschaft zu Kandidaturen erklärte, sofern sie denn von den Basisgruppen in den Wahlkreisen auch angesprochen würden. Mit der Partei gibt es allerdings keine ertragreiche Kooperation – für eine Partei mit einem recht beachtlichen Altersdurchschnitt eine merkwürdig anmutende Verhaltensweise.

Aber damit beginnen auch die Probleme. Zurzeit kann sich solid Geringswalde geduldet in Räumen der ehemaligen August-Bebel-Schule aufhalten. Geduldet



Katrin Schuknecht - die Chefin des „solid“-Ortsverbandes Geringswalde
Foto: Matthes

deshalb, weil das Schulgebäude von der Stadt verkauft werden soll und damit wohl ein Leerzug von der Stadtverwaltung angestrebt wird. Das Interieur der jetzt genutzten Räume ist unter diesen Umständen mehr als bescheiden. Zudem wurden diese Räume auch schon mehrfach Ziel von Angriffen der Nazis. An allen Zusammenkünften nimmt deshalb eine respektable Schäferhündin teil.

Angeboten wurde der Jugendgruppe ein Umzug in den städtischen Jugendclub. Wenn auch die Zukunft des städtischen Jugendclubs gefährdet erscheint, wenn der derzeitige linke Bürgermeister im Sommer dieses Jahres sein Amt aufgibt. Von den im Juni antretenden Bürgermeisterkandidaten bekennt sich keiner zum städtischen Jugendclub. Gegenwärtig sind die Bedingungen dort recht gut. Lediglich die Probemöglichkeiten für die Anhänger der Jugendmusik und die Aufbewahrung der Instrumente scheinen ungelöste Probleme zu sein. Zudem stört sich wohl eine Mehrzahl unserer Jugendlichen an der

Hausordnung des städtischen Jugendclubs, durch die man sich gegängelt fühlt. Der Berichtstatter glaubt allerdings, herausgehört zu haben, dass es der nicht zugelassene Zigarettenqualm und die nicht zugelassene Bierflasche ist, die manchen vom städtischen Jugendclub Abstand nehmen lässt.

In aller Deutlichkeit ist zu sehen, dass die Jugendlichen ohne gute Beratung und kameradschaftliche Unterstützung nicht so recht weiterkommen werden. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Problem bald keines mehr ist.

In den Gesprächen spielten weitere Jugendgruppen in der näheren und weiteren Umgebung – von Geringswalde aus gesehen – eine Rolle. Der Vorstand des Kreisverbandes sollte sich mit dem gebotenen Nachdruck einen Überblick über die linken Jugendgruppen schaffen und deren Situation recherchieren. Es scheinen auch linke Jugendgruppen zu existieren, deren Mitglieder in ihrer Persönlichkeitsentwicklung erhebliche Mängel offenbaren. Dort ist aktive Einflussnahme von Nöten, auch wenn das nicht sofort Erfolge zeigen wird.

Die Quintessenz des Geschehens besteht darin, dass DIE LINKE die Situation rund um den Neonazi-Sumpf so öffentlich machen muss, dass sich Polizei, Medien und sogenannte Volksvertreter nicht wegducken können. Der Druck darf auch nicht wieder erlahmen.

Die LINKE im künftigen Mittelsachsen und der Antifaschismus

Am 11.03.08 war ich Gast auf der Vorstandssitzung der Regionalvorstandssitzung der LINKEN Mittelsachsen. Und dort ging es unter anderem um dieses Thema. Mag sein, dass ich mich dort ein wenig zu sehr aufgeregt habe. Ich möchte mich hiermit dafür entschuldigen. Aber ich denke, dass man jetzt anfangen sollte, strategisch an dieses Problem heranzugehen. Und dabei kommt dem Kreisvorstand eine exponentielle Bedeutung zu. Hier darf es nicht ausreichen, nur über das Problem zu reden, hier muss eine Strategie entwickelt werden, die es langfristig und mit breiter Unterstützung umzusetzen gilt.

Auf der Kreisvorstandssitzung hat sich meines Erachtens gezeigt, dass wir vor allem damit zu kämpfen haben, dass viele gar nicht wissen, was an Naziaktivitäten im Kreis läuft, wie junge und ausländische Menschen verfolgt, zusammengeprügelt und dann auch noch durch die Behörden ignoriert werden.

Was sollte langfristig getan werden:

- Antifa-Ratschläge vor Ort zur Ver-

Fortsetzung auf Seite - 12 -

Volkmar Krawczyk aus Großweitzschen/Westewitz - Landwirt aus Leidenschaft und Berufung

von Hans Weiske

Es hat Freude gemacht, Volkmar Krawczyk kennenzulernen und mit ihm über das Gestern und Heute seines Lebens und



Volkmar Krawczyk im Gespräch mit den „LinksWorten“

seine Vorstellungen über das Morgen zu sprechen.

Volker Krawczyk - geboren im Gründungsjahr der DDR - ist ein Landwirt, wie er im Buche steht. Das Geschäft hat er von Anfang an gelernt. Nach Lehre und Studium zum Agraringenieur wurde er 1988 Herr über drei Volkseigene Güter (VEG) im Norden des Kreises Döbeln mit dem historischen Klosterbuch im Zentrum und den bekannten Fachkrankenhäusern für Psychiatrie und Psychotherapie in Hochweitzschen und Zschadraß in unmittelbarer Nähe. In „seinen“ Gütern wurden psychisch kranke Menschen durch gezielt organisierte Arbeit in der Landwirtschaft therapiert.

Mit der politischen Wende hatten die VEG ausgespielt. Ihr neuer Herr hieß „Treuhand“ und Volkmar Krawczyk konnte gar nicht so schnell gucken, wie die Konten der ehemaligen Staatsbetriebe abgeräumt waren. Der neue Herr „Treuhand“ hatte eine klar umrissene Aufgabe: „abwickeln“. Aber Krawczyk fühlte sich für seine rund 70 Mitarbeiter verantwortlich, ein gelernter DDR-Leiter eben! Da trat die Weisheit in Kraft, dass Not erfindend macht.

Was dann kam, darüber - so Krawczyk - müsste man eigentlich ein Buch schreiben. Erst wollte er „seine“ Unternehmen erhalten, aber nicht privatisieren. Dann hatte er die verschiedensten Ideen, aber kein Geld. Letztlich gelang es ihm, sich gegen eine

Vielzahl von Bewerbern durchzusetzen und einen Hof aus dem Bestand des ehemaligen VEG in Westewitz, direkt neben dem Fachkrankenhaus Dürreweitzschen, zu erwerben. So ist es bis heute: Gemeinsam mit seinen beiden Söhnen Torsten und Sven und einem weiteren Partner bewirtschaftet Krawczyk in einer GbR rund 700 Hektar Land. In den Ställen stehen 300 Rinder. Insgesamt arbeiten gemeinsam mit den drei „Krawczyks“ noch elf Beschäftigt im Familienunternehmen, darunter sind auch zwei Azubi.

Die Geschäfte laufen gut bei Volkmar Krawczyk. Und dennoch macht er am Schluss unseres Gesprächs eine für die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse bezeichnende Bemerkung: „Eigentlich macht es heute keinen richtigen Spass mehr, Bauer zu sein. Für den Bauern ist die Liebe zu seinem Stall und zu seinem Feld charakteristisch. Jetzt wird er gezwungen, alles dem Gewinndenken unterzuordnen, wenn er überleben will“.

Krawczyk hat sich - wohl oder übel - mit seinen beiden Söhnen den aktuellen Verhältnissen gestellt. Sie suchen nach neuen Möglichkeiten, ihr Brot zu verdienen. Auf dem Hof der Familie gibt es jetzt einen urigen Treffpunkt, wo man rustikal feiern kann. Hier kann auch Brot gebacken und Fleisch geräuchert werden, was vorher frisch ge-

milienbetrieb eines DDR-geprägten Landwirtes im beschaulichen Westewitz - übrigens eines wunderschönen Landstriches im romantischen Muldental um Klosterbuch herum.

Die Besuche von Georg Milbradt und Stanislaw Tillich hatten ein konkretes Ziel - eine von den „drei Krawczyks“ planerisch vorbereitete und seit 2004 betriebene Biogas-Vorzeiganlage. Bereits vor der Jahrtausendwende begann Volkmar Krawczyk sich Gedanken zum Thema „Biogas“ zu machen. Die vielen auf dem Hof anfallenden organischen Rohstoffe sollten sinnvoll genutzt werden. Von der Idee bis zur praktischen Realisierung vergingen dennoch über fünf Jahre - dem Problem der Finanzierung geschuldet.

Zu den Vorzügen der Biogas-Anlage im Hof der Familie Krawczyk (zu der natürlich auch Volkmar Krawczyks Ehefrau gehört, die in der benachbarten psychiatrischen Klinik arbeitet) zitieren wir aus dem Presseauszug eines Fachblattes: „Die Gesamtanlage in Westewitz ist in vielerlei Hinsicht eine Vorzeiganlage. Häufig steht in Biogasanlagen ausschließlich der erzeugte Strom im Mittelpunkt, die ebenfalls verfügbare Wärme kann jedoch durch eine zu hohe Entfernung zu potenziellen Abnehmern nicht genutzt



Sven, der jüngere der beiden Söhne - Herr über die Biogas-Vorzeiganlage in Westewitz

schlachtet wurden. Große Geister saßen bereits in dem urgemütlichen Raum, wie der sächsische Ministerpräsident Milbradt und der damalige Landwirtschaftsminister Tillich.

Natürlich weilten Milbradt und Tillich nicht aus einer spontanen Laune heraus im Fa-

werden. In Westewitz hingegen kann auch das volle Wärmepotenzial ausgeschöpft werden.“ Abnehmer der Wärme ist das Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Psychotherapie Hochweitzschen in unmittelbarer Nachbarschaft zur Biogasanlage. Das Krankenhaus kann mit der von Krawczyk be-

Gibt es eigentlich eine spezifisch linke Politik für den ländlichen Raum ?

reitgestellten Wärme einen Großteil seines Grundlastbedarfs abdecken. Geschäftsführer der Biogas-Anlage ist übrigens Sohn der jüngere Sohn Sven.

Für Volkmar Krawczyk ist das Ende der Fahnenstange mit der Vorzeige-Biogasanlage bei weitem noch nicht erreicht. Ein neues - noch weit umfangreicheres - Projekt ist in Vorbereitung. Es soll einen Großteil der im ländlichen Raum zwischen den Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig anfallenden organischen Rohstoffe sinnvoll verwerten. Die Weichen dazu sind gestellt. Erstmals nach der politischen Wende kann Krawczyk auf eine solide Förderung durch die Sächsische Aufbaubank rechnen - was ihm bisher versagt blieb.

Das ist neben dem Tagesgeschäft Volker Krawczyks wichtigstes Vorhaben. Dann will er sich aus dem operativen Geschäft zurückziehen und sich auf die verdiente Rente vorbereiten. Bei seinen beiden Söhnen sieht er sein in lebenslanger harter Arbeit geprägtes Vermächtnis in guten Händen.

Linke Politik für ländliche Räume

von Elke Altmann, MdL

Gibt es eine spezifisch linke Politik für ländliche Räume? Gar linke Agrarpolitik? Ja, denn unsere Politik geht davon aus, dass die Wirtschaft für den Menschen da zu sein hat, nicht umgekehrt. Wir wollen eine Agrarpolitik, die Erzeuger- und Verbraucherinteressen gleichermaßen berücksichtigt. Wir wollen zusammen mit den Menschen unsere ländlichen Räume lebenswert und nachhaltig gestalten.

Der Versuch, die künftigen Herausforderungen ländlicher Räume sektorbezogen agrarpolitisch anzugehen, kann nicht ziel führend sein. Die Agrarwirtschaft spielt nichtsdestotrotz für die ländlichen Räume eine immer noch große, perspektivisch sogar wachsende Rolle. Der Schlüssel für die drängenden Fragen der Gegenwart, für Klima, Ernährung, Energieversorgung liegt im postfossilen Zeitalter im Primärsektor, also u.a. der Agrarwirtschaft. Und noch nie war Agrarpolitik daher wohl so spannend wie heute.

Wichtigste Aufgabe der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft bleibt auch in Zukunft die sichere Bereitstellung umweltverträglich hergestellter, gesundheitlich unbedenklicher Nahrungsmittel, die für alle Menschen bezahlbar sind. Darüber hinaus kann Land- und Forstwirtschaft durch den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen einen zwar nicht zu überschätzenden aber auch nicht unwesentlichen Beitrag zum Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger und Kraftstoffe leisten und so dem Klimawandel, als größter vom Menschen verursachten Umweltbedrohung, entgegenwirken.

Ländliche Räume sind die Lungen der Ballungsgebiete. Dank der Agrarwirtschaft kann ein beträchtlicher Teil des von Verkehr, Industrie und Haushalten ausgestoßenen CO₂ wieder umgewandelt werden; gleichzeitig wird die Agrarwirtschaft durch intensive Viehhaltung und Einsatz mineralischer Dünger selbst zum Klimakiller, insbesondere wegen des viel zu hohen Anfalls von Lachgas. Die Lösung besteht in einer konsequenten sozial nachhaltigen Ökologisierung des gesamten Agrarsektors.

Die Nachfrage nach ökologisch hergestellten Lebensmitteln ist in den letzten Jahren stark gestiegen und steigt weiter. In Sachsen kann

die Nachfrage nicht aus eigener Produktion gedeckt werden, die Entwicklung des Ökolandbaus stagniert seit Jahren. Darum fordert DIE LINKE von der Sächsischen Staatsregierung, die Umstellungsförderung von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft langfristig planbar und in der Höhe so zu gestalten, dass in Zukunft mehr Betriebe diesen Schritt wagen.

sie die Bauern in die Abhängigkeit weniger, weltweit agierender Saatgutkonzerne drängen. DIE LINKE fordert daher von der EU erneut ein Moratorium für den Anbau und das in Verkehr Bringen von GVO zu erlassen oder es zumindest den Mitgliedsstaaten zu überlassen, ob sie bei sich GVO zulassen. Von der Bundesregierung und den Regierungen der Länder erwarten wir, dass sie ihrerseits sämtliche Spielräume ausnutzen um den Anbau und das in Verkehr Bringen von GVO zu verhindern. Gleichzeitig sollen sie Landwirte bei der Bildung GVO-freier Regionen unterstützen.

Bei der weiteren Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), erwarten wir von der EU, dass sie die Ernährungssouveränität und die Besonderheiten landwirtschaftlicher Produktion, sowohl ihrer Mitgliedsstaaten aber auch aller anderen Länder der Welt respektiert.

Zahlungen aus dem EU-Haushalt direkt an die europäischen Landwirte sind auch in Zukunft notwendig, wenn sie an ökologische Bewirt-

Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt!



Volkmar Krawczyk (siehe Artikel auf der gegenüberliegenden Seite) im angeregten Gespräch mit Rolf Heinitz, Mitglied des Kreisvorstandes (im Bild rechts)

Es sollte auch möglich sein, Teile von Betrieben umzustellen mit dem Ziel der Schaffung ökologischer Abteilungen in Großbetrieben. Damit würden für die Vielzahl von großen Genossenschaften und anderen Mehrfamilienbetrieben die Hürden herabgesetzt, den Einstieg in diese umweltverträgliche Wirtschaftsweise zu finden.

Den Anbau und das in Verkehr Bringen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) lehnen wir mehrheitlich ab. GVO bedrohen die Sorten- und Artenvielfalt und bergen unverantwortbare Risiken: Einmal in der Natur, können sie nicht zurückgeholt werden. Sie gefährden die Ernährungssouveränität der Staaten, indem

schaftungs- und Tierhaltungskriterien gebunden sind. Sämtliche Export- und Transportsubventionen müssen jedoch abgeschafft werden, um eine weitestgehend regionale und damit umweltverträgliche Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln - etwa in Nachbarschafts- bzw. Dorfläden, „Markttreffs“ usw. - zu befördern. Fördermittelvergabe sollte an regionale Kooperationen gekoppelt werden. Die Einführung regionaler Währungen findet die Unterstützung DER LINKEN, der Zschopautaler ist hier Richtung weisend für unsere Region. Ganz entschieden wendet sich DIE LINKE gegen die Kappung der EU-Direktzahlungen (erste Säule): Die ostdeutschen Betriebe, die von

solch einer Entscheidung betroffen wären, sind in aller Regel keine „Agrarindustriestellen“, sondern Genossenschaften oder Mehrfamilienbetriebe anderer Rechtsform, die oft die wichtigsten Arbeitgeber in Dorf oder Gemeinde sind. Wir halten die Genossenschaft für die geeignetste Eigentumsform, sprechen uns aber grundsätzlich für einen Mix verschiedenster Eigentumsformen bei landwirtschaftlichen Betrieben aus. Nicht die Größe des Betriebs entscheidet für uns über seine Förderungsfähigkeit, sondern die Frage, inwiefern der Betrieb der Allgemeinheit nutzt, was wie zu welchem Zweck produziert wird.

Teile der EU-Direktzahlungen (erste Säule) und der Mittel zur Entwicklung des Ländlichen Raumes (zweite Säule) könnten in ein „Ländliches Grundeinkommen“ umgewandelt werden. Solch ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie es Arzt intensiv nicht nur von Linken diskutiert wird, würde wie eine Prämie für den Erhalt der Kulturlandschaft wirken, dauerhafte Abwanderung sicher nicht verhindern, aber abbremsen können.

Es sollte darüber hinaus geprüft werden, ob ländliche Kommunen für die vielfältigen Leistungen der Daseinsvorsorge, die ländliche Räume zugunsten der Allgemeinheit erbringen, einen Ausgleich erhalten sollten und wenn ja, in welcher Form dies geschehen könnte. Gerade aufgrund der geringeren Auslastung der Infrastruktur ländlicher Räume und die dadurch geringere Chance ihrer Rentabilität scheint dies geboten, etwa im Rahmen der Erweiterung des kommunalen Finanzausgleichs um eine flächenbezogene Komponente.

Wenig überraschend: Die Prinzipien der Agenda 21 sind unsere, denn nur im Einklang von ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit kann die Zukunft sinnvoll gestaltet und für kommende Generationen erlebbar werden.

Um diesen Zielen näher zu kommen will DIE LINKE im ländlichen Raum

- kleine und mittlere Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken,
- ökologische Landwirtschaft fördern,
- die Erzeugung erneuerbarer Energien in regionalen Kreisläufen ausbauen,
- sanften Tourismus fördern,
- Medizinische Versorgungszentren aufbauen (Polikliniken),
- den ÖPNV in der Fläche erhalten und ausbauen,
- unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten,
- nachhaltige Bildungspolitik mit Einführung der Gemeinschaftsschule umsetzen,
- Infrastruktur sozial und ökologisch verträglich erhalten und, wenn nötig, auch rückbauen.

Gegen jegliche Geschichtsklitterung

Sophie und Hans Scholl auch in der DDR für ihre Standhaftigkeit gewürdigt!

von Ruth Fritzsche, Freiberg

Am Mittwoch, dem 20.02.2008 wurde um 20.15 Uhr in der ARD der Film über die Widerstandsorganisation „Weiße Rose“ – konkret „Die letzten 5 Tage“ der Geschwister Sophie und Hans Scholl aus München aufgeführt.

Dieser Film war eine durch und durch aufregende Begebenheit. Waren es doch tapfere junge Menschen, – wie auch viele vor ihnen schon – die den Mut hatten, gegen das Naziregime und deren verbrecherische Mordpolitik sowohl im Inland, aber ganz besonders in den von ihnen besetzten Ländern in fast ganz Europa und insbesondere der Sowjetunion Widerstand zu leisten.

Hans Scholl war als Soldat an der sogenannten Ostfront Zeuge dieser Verbrechen geworden, die er als Christ nicht mehr ertragen konnte. Er organisierte mit seiner Gruppe an der Universität München mit Flugblättern und Klebeaktionen den Widerstand. Am 18.02.1943 wurden Sophie und Hans Scholl durch den Hausmeister der Universität der Gestapo überstellt. Nach einem kurzfristig vom „Volksgerichtshof“ unter dem Blutrichter Freisler einberufenem Prozess wurden sie am 22.02.1943 zum Tode verurteilt und noch am gleichen Tag hingerichtet.

Die Tragik dieser tapferen jungen Menschen hat uns in der DDR von Anfang an berührt, auch wenn sie nicht aus dem Kommunistischen Jugendverband oder den Jusos kamen.

Am Abend des 20.02.2008 beschäftigte sich der Bayerische Rundfunk ziemlich spät mit diesem Thema. Es kam der Regisseur Rothermund zu Wort, der auf der Berlinale für diesen Film den „Silbernen Bären“ erhalten hat. Er sprach darüber, dass sich der Film z.B. bei den Verhören durch den Gestapobeamten wortwörtlich auf die protokollarische Niederschrift bezieht.

Der Drehbuchautor, Name ist mir entfallen, konnte es sich aber nicht verkneifen, – wie das gegenwärtig Gang und Gäbe ist – der DDR vorzuwerfen, sie habe den Widerstand, der von bürgerlichen Kreisen geleistet wurde, nicht besonders gewürdigt. Dass diese Äußerung eine platte und gemeine Lüge ist, will ich an folgendem darstellen.

In einer Broschüre zur 450-Jahrfeier der Erweiterten Oberschule „Geschwister Scholl“ wird folgendes ausgesagt:

„Im Jahre 1949 beantragte die VVN – heute Bund der Antifaschisten – der damaligen Oberschule den Namen der Geschwister Scholl zu geben. Diesem Vorschlag stimmte im September 1949 der Freiburger Schulausschuss zu. Nachdem der Vater der beiden Antifaschisten, Herr Oberbürgermeister a.D. Scholl, in einem Brief ebenfalls seine Zustimmung gegeben und seine Freude über die vorgesehene Namensgebung ausgedrückt hatte, erhielt auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. September 1949 die Schule den Namen „Geschwister Scholl“.

So wie das in Freiberg geschehen ist, hat es in vielen Städten und Gemeinden der DDR Schulen, Straße und Plätze mit den Namen dieser beiden aus dem bürgerlichen Lager stammenden Antifaschisten gegeben.

In der heutigen Zeit, in der es nun wirklich keine von Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ im Osten gibt, vielmehr Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau in allen seinen Dimensionen, müssen sich natürlich die Medien zu allem, was die DDR betrifft, in jeder Form Geschichtsklitterung betreiben und es wirklich an der Zeit ist, sich stärker dagegen zur Wehr zu setzen.

Aktuell aus dem Landtag

Von „Schwester Agnes“, Polikliniken und Wahlkämpfen

von Elke Altmann, MdL

Das klingt auf den ersten Blick sehr nach Vergangenheit und DDR-Nostalgie, hat in Wahrheit aber viel mit sächsischer Gegenwart zu tun. Konkret mit dem zum Teil schon vorhandenen und drohenden Ärztemangel im Freistaat.

Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag macht nicht erst seit der Plenarsitzung am 5. März diesen Jahres auf diese Gefahr aufmerksam. Koalitionsfraktionen und Staatsregierung haben uns bisher jedoch immer Panikmache vorgeworfen. In der Märzplenarsitzung hatte unsere Fraktion zum wiederholten Male zwei Anträge zu diesen Themen auf der Tagesordnung. Für uns sind Gemeindeschwestern und Polikliniken zwei Möglichkeiten um die medizinische Versorgung besonders im ländlichen Raum auch in Zukunft zu sichern. Inzwischen sehen es eigentlich fast alle Fraktionen und die Staatsregierung ähnlich. In Sachsen gibt es auch schon wieder 79 Polikliniken, die jetzt allerdings Medizinische Versorgungszentren (MV) heißen. Und hinter „Schwester Agnes“ steckt das Wörtchen „Arztentlastende, Gemeindeförderung, E-health-gestützte, systemische Intervention“ – kurz AGnES. Nachdem dieses Gemeindeschwesterprogramm unter Rot-Rot in Meck-Pomm schon vor Jahren ge-

startet wurde, läuft es nun auch in Sachsen seit einem dreiviertel Jahr als Modellprojekt. Also alles in Ordnung? Hat sich hier eine vernünftige rote Idee durchgesetzt? Ganz so einfach ist es dann doch nicht!

Von den sächsischen Polikliniken befinden sich weit mehr als die Hälfte in den Städten Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau und Plauen. Im künftigen Landkreis Mittelsachsen gibt es bisher nur in Mittweida eine. Im ländlichen Raum also, dort wo die Menschen sie am nötigsten brauchen, bisher weitgehend Fehlangelegenheit. Genau darauf wollten wir mit unserem Antrag aufmerksam machen, um weitere Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Bei „Schwester AGnES“ brüstet sich die Staatsregierung einerseits mit dem Modellprojekt, schiebt aber eine landesweite Einführung in weite Ferne, indem sie mit der Bundesregierung um deren Finanzierung feilscht. Neben all diesen Ungereimtheiten ging in dieser Landtagsdebatte sowohl von den Koalitionsfraktionen als auch von den anderen Oppositionsfraktionen ein Hagel von Populismusvorwürfen auf uns nieder. Uns wurde vorgeworfen, wir würden dieses ernste Thema für laufende kommunale und künftige Landtagswahlkämpfe missbrauchen. Beide Anträge wurden, nicht nur von CDU und SPD, abgelehnt.

Bei so viel aufgeregtem Gezeter kann ich nur sagen: Wir haben Alles richtig gemacht! Natürlich war diese Debatte auch Bestandteil unserer Wahlkämpfe. Aber was ist daran verwerflich? Andere machen natürlich auch Wahlkampf, zum Beispiel Bündnis 90 / Die Grünen. Sie haben sich nach fast vier Jahren Schweigen urplötzlich mit einer Aktuellen Debatte zur Grünen Gentechnik zu Wort gemeldet. Außer uns hat dieses heiße Eisen noch keine demokratische Fraktion in dieser Legestaturperiode angefasst. Nachdem nun auch in Sachsen außerparlamentarische Bündnisse gegen diese risikoreiche Technologie und für gentechnikfreie Landwirtschaftsregionen immer stärker werden, befürchten die Grünen Stammwähler zu verlieren. Unsere Fraktion unterstützt diese Bündnisse seit Jahren, sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch. Dort höre ich seit Langem, wie sehr sie sich in dieser Beziehung von den Grünen allein gelassen fühlen. Wenn diese das nun endlich auch zur Kenntnis genommen haben, find ich es nur folgerichtig, dass sie darauf reagieren. Ich hab die Grünen in der Aktuellen Debatte im Kreise der aktiven Kritiker der Agrogentechnik begrüßt, statt populistisch auf sie einzuschlagen. Bei einem Vernetzungstreffen für Gentechnikfreie Landwirtschaftsregionen in Sachsen, am 8. März in Freiberg, war allerdings wieder keiner meiner Grünen Landtagskollegen zu sehen. Stattdessen hatte ihr Landesvorsitzender dort einen kurzen, wenig glaubwürdigen Auftritt.

Aber noch einmal zurück zu „Schwester Agnes“ und den Polikliniken. So heftig die Populismusvorwürfe der anderen Fraktionen uns auch entgegenschlugen, so durchsichtig

Unsere Jubilare

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!

In den nächsten Wochen wird aus diesem Anlass gefeiert bei:



Elfriede Richter	geb. am	01.04. 1921	in	Eppendorf
Liesbeth Uhlemann	geb. am	01.04. 1932	in	Brand-Erbisdorf
Horst Esche	geb. am	02.04. 1933	in	Lichtenau
Leonore Kasper	geb. am	03.04. 1921	in	Freiberg
Anita Wamser	geb. am	05.04. 1948	in	Brand-Erbisdorf
Ingeborg Wolf	geb. am	06.04. 1930	in	Freiberg
Irene Drexler	geb. am	06.04. 1932	in	Rochlitz
Sonja Geißler	geb. am	08.04. 1926	in	Rochlitz
Ingeburg Lindner	geb. am	09.04. 1928	in	Penig
Werner Winkler	geb. am	09.04. 1924	in	Seelitz
Hilda Preiß	geb. am	10.04. 1022	in	Ostrau
Rosmarie Freudenberg	geb. am	11.04. 1943	in	Frankenberg
Ilse Hoppe	geb. am	12.04. 1924	in	Penig
Else Börner	geb. am	12.04. 1925	in	Flöha
Marie-Luise Richter	geb. am	13.04. 1930	in	Erlau
Heinz Zimmermann	geb. am	15.04. 1927	in	Freiberg
Wilfried Höhn	geb. am	20.04. 1932	in	Rochlitz
Thea Meinekat	geb. am	22.04. 1932	in	Penig
Gerda Grzeskowiak	geb. am	22.04. 1920	in	Brand-Erbisdorf
Christa Reuther	geb. am	24.04. 1930	in	Rossau
Therese Bäßler	geb. am	24.04. 1928	in	Waldheim
Dietmar Loose	geb. am	25.04. 1943	in	Niederwiesa
Heinz Schulze	geb. am	26.04. 1921	in	Freiberg
Dora Wagner	geb. am	26.04. 1920	in	Neuhausen/Erzg.
Johannes Voigt	geb. am	26.04. 1921	in	Burgstädt
Günter Scholz	geb. am	26.04. 1933	in	Mittweida
Erika Günther	geb. am	27.04. 1934	in	Brand-Erbisdorf
Ingeborg Beckert	geb. am	28.04. 1924	in	Brand-Erbisdorf
Erwin Preßnig	geb. am	28.04. 1921	in	Lichtenberg/Erzg.
Gisela Wagner	geb. am	28.04. 1938	in	Halsbrücke
Rudolf Kühne	geb. am	28.04. 1923	in	Döbeln
Ilse Schroth	geb. am	29.04. 1927	in	Neuhausen

waren sie auch. Grund war natürlich unsere jüngste außerparlamentarische Initiative zum drohenden Ärztemangel in Sachsen.

Die individuelle medizinische Versorgung im Freistaat Sachsen ist, besonders im ländlichen Raum, nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Maßnahmen der sächsischen Staatsregierung haben bisher wenig Erfolg gezeigt. Deshalb hat die Landtagsfraktion eine sachsenweite Bürgerbefragung zu diesem Thema gestartet. Wir wollen nicht nur über den gefühlten Ärztemangel reden. Wir wollen der Staatsregierung Fakten vorlegen, wie es den Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen ergeht, wenn sie einen Arzt brauchen. Die kassenärztliche Vereinigung Sachsen ist der Meinung, dass es in Sachsen noch keinen Ärztemangel gibt. Dem wollen wir die Realität vor Ort entgegensetzen. Wir wollen uns damit selbst ein Bild über die Situation vor Ort machen und nicht

lediglich auf offizielle Statistiken angewiesen sein. Eine erste Auswertung dieser Fragebogenaktion soll es in einer gesundheitspolitischen Konferenz im Mai in Chemnitz geben. Eine rege Teilnahme ist also wichtig.

Der Fragebogen ist in den Wahlkreisbüros und in den Geschäftsstellen der Partei DIE LINKE zu erhalten. Er kann anonym ausgefüllt dort auch wieder abgegeben oder direkt an die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag geschickt werden.

Zum Schmunzeln

Die gute Unterhaltung besteht nicht darin, dass man selbst etwas Gescheites sagt, sondern dass man etwas Dummes anhören kann.

Wilhelm Busch

wichtige termine in der Region

März 2008

26.03.08	19:00 Uhr	VertreterInnen-Versammlung für die Wahlkreise des Landkreises Döbeln (Vornominierung für die Kreistagswahl) Gaststätte „Zum strammen Leutnant“, Döbeln
31.03.08	18:00 Uhr	VertreterInnen-Versammlung für die Wahlkreise des Landkreises Mittweida (Vornominierung für die Kreistagswahl) Gaststätte „Am Klinkborn“ Rochlitz, Lindenstraße
31.08.08	19:30 Uhr	Beratung des Regionalvorstandes Gaststätte „Am Klinkborn“ Rochlitz, Lindenstraße

April / Mai 2008

05.04.08	09:00 Uhr	Regionalparteitag der LINKEN zur Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag und zur Beschlussfassung zum Kommunalwahlprogramm Gasthof „Zur Hundsnase“ Geringswalde/Hoyersdorf
05.04.08	12:30 Uhr	VertreterInnen-Versammlung der LINKEN zur Nominierung des Kandidaten für den Landrat und der Kandidaten zur Kreistagswahl am 08.Juni
16.04.08	16:00 Uhr	Ernst-Thälmann-Ehrung Freiberg, Meißner Ring (Thälmann-Denkmal)
01.05.08		1.Mai-Feiern und Info-Stände der LINKEN
05.05.08	19:00 Uhr	Beratung des Regionalvorstandes Geschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41

Fortsetzung von Seite - 5 -

lichkeit in Bezug auf die Landratsämter als auch auf die Einrichtungen der Arge wenigsten einigermaßen zu gewährleisten, wurde zwischen den drei Landräten ein „Öffentlich-rechtlicher Vertrag „ vorbereitet, der die Außenstellen als auch das Personal der Außenstellen regelt.

Dieser Vertrag soll für 5 Jahre geschlossen werden. Das bedeutet, nach 5 Jahren können die Außenstellen weiterlaufen oder sie werden geschlossen, je nachdem, welcher Laune man in 5 Jahren ausgesetzt ist. Dies kann aus unserer Meinung nicht sein. Würden wir als Bürger gefragt, ob wir die Kreisreform wollen? Nein. Wenn also schon über unsere Köpfe hinweg beschlossen wurde, dann wollen wir jedenfalls eine langfristige Sicherung der Außenstellen und des Personals erreichen. Unser Antrag im Kreistag diese Frist auf 10 Jahre zu verlängern, ist leider knapp gescheitert. Schlimm finde ich, dass auch innerhalb der drei Fraktionen der LINKEN diese Forderung nicht von allen mitgetragen wird.

Wichtige Termine im Brennpunkt e.V. Brand-Erbisdorf

Dienstag, 25. März 2008; 19:00 Uhr

„Schrumpfende Städte - Ursachen und Folgen“; eine Weiterbildung für Kommunalpolitiker und Interessierte vom Kommunalpolitischen Forum Sachsen.

Mittwoch, 26. März 2008; 19:00 Uhr

„Montags in der Sonne“ - ein Film von Fernando Leon de Aranao

Donnerstag, 27. März 2008; 19:00 Uhr

„Der Haushalt 2008 der Stadt Brand-E.“
Ein Diskussionsangebot der Stadtratsfraktion DIE LINKE Brand-Erbisdorf

Sonntag, 30. März 2008; ab 10:00 Uhr

ANTIFA-Ratschlag im AJZ Chemnitz

- netzung der Antifa-Strukturen und zur Aufklärung unserer Basis.
- Schreiben des Kreisvorstandes an alle Bürgermeister zur Unterstützung bei Problemen mit rechtsextremem Hintergrund. Wir haben hier über die Landtagsfraktion ein großes Potential. Nutzen wir es auch!
- Regelmäßige Presseerklärungen zu diesem Thema.
- Breite Beteiligung an Demos, die gegen Nazis gerichtet sind. Hier brauchen die bisher vorwiegend jungen Teilnehmer Unterstützung durch uns Älteren. Bloßes Lippenbekenntnis reicht nicht.
- Diskussionen mit allen Linksfraktionen im Kreis über dieses Thema
 - Regelmäßige Anfragen in den Städten, Gemeinden, im Kreis
 - Schnelle Reaktionen auf Aktionen der Fascho's
 - Schaffung breiter Bündnisse - und das nicht erst, wenn was passiert ist
- Unterstützung der Antifa-Gruppen vor Ort (personell, finanziell, rechtlich)
- Regelmäßige Seite in den Linksworten (Was ist wo wann passiert...)
- Bildung einer schnellen Eingreiftruppe oder Hilfetruppe, die im Notfall Bedrängten Unterstützung bieten können, wenn die Polizei dazu zu lange braucht.
- Festlegung eines Verantwortlichen oder einer Gruppe von Verantwortlichen, die alle Beschlüsse und Veranstaltungen der Linken des Kreises und vor Ort auf ihren Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Faschismus kontrollieren und ggf. weitere Aktionen planen.
- Regelmäßige Info aller LINKEN im Kreis und insbesondere aller Kreisvorstandsmitglieder, was an Nazi-Aktivitäten passiert via Email-Verteiler.

Das soll nur eine erste Anregung von mir sein und keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben. Fangen wir jedoch nicht bald an, hier etwas zu unternehmen, haben wir vielleicht auch in unserem Kreis „Sebnitzer Verhältnisse“. **Oder haben wir die etwa schon?**

Wir trauern um unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen

Ruth Wenzel aus Neuhausen/Erzg.
Jürgen Neumann aus Oederan
Jürgen Starker aus Leisnig
Horst Reichardt aus Wittgensdorf
Johanna Fischer aus Burgstädt

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.